

# GROSSBRITANNIEN WEITER VEREINT, ABER WAS NUN?

## DAS SCHOTTLAND-REFERENDUM UND SEINE FOLGEN

*Hans-Hartwig Blomeier*

Am 18. September 2014 stimmten 55,3 Prozent der Wähler in Schottland gegen die Unabhängigkeit des Landes vom Vereinigten Königreich. Alles deutet darauf hin, dass damit zwar diese punktuelle Frage (vorläufig) beantwortet ist, die Diskussion über die politische Neuordnung des Landes aber gerade erst begonnen hat.

### HISTORISCHER HINTERGRUND

Das Königreich Schottland, oder Alba, wie es im Gälischen heißt, entstand im frühen Mittelalter und existierte formal bis 1707. Bereits im Jahr 1603 wurde der schottische König James VI. zum König von England gekrönt, nachdem dort Königin Elisabeth I. ohne Nachkommen verstorben war. Im Jahr 1707 wurden beide Parlamente und die Königshäuser aus Schottland und England mit der Gründung des Vereinigten Königreiches von Großbritannien zusammengeführt.

Am 1. März 1979 kam es erstmals zu einem Referendum in Schottland, bei dem sich eine knappe Mehrheit (51,6 Prozent) für ein eigenes Parlament aussprach. Auf Grund der niedrigen Wahlbeteiligung (nur 32,9 Prozent) wurde dieses Referendum jedoch für ungültig erklärt. 18 Jahre später, am 11. September 1997, kam es erneut zu einem Referendum, bei dem sich nun eine überwältigende Mehrheit von 74,3 Prozent für ein solches Regionalparlament aussprach. In diesem Zuge sollte das Land auch weitgehende Selbstbestimmungsrechte bezüglich öffentlicher Gesundheitspolitik, Erziehung, Umwelt und innere Sicherheit bekommen.



Hans-Hartwig Blomeier leitet das Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in London.

Bereits in den 1960er Jahren schlug das politische Herz der meisten Schotten eher links (im Gegensatz zu England). Davon profitierte in erster Linie die Labour Party. Dies verstärkte sich in den Zeiten der Thatcher-Regierung. Mit der Irak-Intervention unter der Labour-Regierung von Tony Blair erhielt die Scottish National Party (SNP)

**Nach dem Wahlsieg der Scottish National Party 2011 verstärkte der schottische First Minister Alex Salmond den Druck auf London und erreichte die Zusage über ein Referendum.**

vermehrten Zulauf, die sich seit 2007 explizit die schottische Unabhängigkeit zum Ziel gesetzt hat. Mit dem eindeutigen Wahlsieg 2011 im Rücken, bei dem die SNP die absolute Mehrheit im schottischen Parlament erzielen konnte, verstärkte der schottische First Minister und SNP-Vorsitzende Alex Salmond den Druck auf die Regierung in London und erreichte im Rahmen des Edinburgh Agreement, das Salmond und der britische Premier David Cameron am 15. Oktober 2012 unterzeichneten, die formale Zusage über ein Referendum, das vor Ende des Jahres 2014 stattfinden sollte.

Strittig waren zu diesem Zeitpunkt die Frage der Wahlberechtigung und die zur Abstimmung gestellten Fragen bzw. Optionen. Letztlich einigte man sich auf ein Ja/Nein-Votum zur Frage: „Soll Schottland ein unabhängiges Land werden?“ und verzichtete von britischer Seite auf die ursprünglich von Salmond vorgeschlagenen drei Optionen („Ja“, „Nein“ und das so genannte *devolution max*, also weit reichende Autonomiezugeständnisse). Dieser Verzicht erfolgte vor dem Hintergrund der (vermeintlichen) Gewissheit, dass es ohnehin eine breite Mehrheit gegen die Unabhängigkeit geben werde und man auf diese Zugeständnisse verzichten könne – eine Fehleinschätzung, die beinahe mit einer Spaltung des Landes geendet hätte.

Hinsichtlich der Wahlberechtigung herrschte lange Unklarheit. Erst im März 2013 wurde das Wahlgesetz dahingehend geändert, dass bereits 16- und 17-Jährige abstimmen konnten. Ebenfalls wurde festgelegt, dass analog zum Kommunalwahlrecht alle in Schottland lebenden und wahlberechtigten Bürger (also Schotten, Engländer, Nordiren und Waliser sowie Bürger aus EU-Mitgliedsländern und dem Commonwealth mit einer Aufenthaltsgenehmigung in Schottland) beim Referendum wahlberechtigt sein würden. Demgegenüber waren Schotten mit Wohnsitz außerhalb Schottlands (also auch im übrigen Großbritannien) von

der Wahl ausgeschlossen. Im März 2013 wurde schließlich das Datum festgelegt: Am 18. September 2014, exakt 700 Jahre nach der Schlacht von Bannockburn von 1314, bei der Robert the Bruce die Unabhängigkeit Schottlands vom übermächtigen England erkämpft hatte, wollte nun der schottische Ministerpräsident Alex Salmond dieses historische Ereignis auf friedliche und demokratische Weise per Volksentscheid wiederholen. Für die geschichtsbewussten und ob ihrer langen Historie stolzen Schotten war dies sicher ein zusätzlicher emotionaler Anreiz, den Salmond geschickt in seiner Kampagne einsetzte.



Angespanntes Verhältnis: Premierminister David Cameron (l.) traf den schottischen Ministerpräsidenten Alex Salmond (r.) 2012 zu Gesprächen in Edinburgh, um den Weg für das Referendum frei zu machen. | Quelle: Gordon Terris, Scottish Government, flickr ©📷.

## DIE KAMPAGNE

Im Mai 2012 starteten die Befürworter der Unabhängigkeit mit Alex Salmond an der Spitze öffentlich mit ihrer YES-Kampagne. Dazu legten sie im November 2013 ein 670 Seiten umfassendes Weißbuch vor, das eine detaillierte Blaupause für ein unabhängiges Schottland darstellte.<sup>1</sup> Im Juni 2013 begann formal die NO-Kampagne mit dem Motto

1 | Vgl. The Scottish Government, *Scotland's referendum on 18 September 2014 is a choice between two futures*, Edinburgh, 11/2013, <http://scotland.gov.uk/Publications/2013/11/9348/0> [30.09.2014].

**Erst als sich der Abstand zwischen Befürwortern und Gegnern langsam aber konstant verringerte, zeigte die „Better-Together“-Kampagne stärkere Präsenz.**

„Better-Together“ unter dem ehemaligen Labour-Finanzminister Alistair Darling. Sichtbar und wirklich spürbar war diese jedoch nicht vor Beginn des Jahres 2014. Mit den bis Ende 2013 nahezu gleich bleibenden Umfragewerten (mit einer 60:40-Mehrheit gegen die Unabhängigkeit) im Rücken fühlte sich die Regierung in London ihrer Sache offenbar sicher und schenkte der NO-Kampagne kaum Aufmerksamkeit. Fast entstand der Eindruck, das Thema sollte ganz bewusst so unauffällig wie irgend möglich behandelt werden. Erst als Anfang 2014 die Umfragewerte in Bewegung gerieten und sich der Abstand zwischen Befürwortern und Gegnern langsam aber konstant verringerte, begann die „Better-Together“-Kampagne stärkere Präsenz zu zeigen. Angesichts der tiefen, noch aus der Thatcher-Regierung herrührenden Abneigung in Schottland gegen die Konservative Partei (die lediglich einen nationalen schottischen Abgeordneten stellt) hatte die konservative Regierung in London sinnvollerweise einen Labour-Politiker an die Spitze des NO-Lagers gebeten.

Während es der YES-Kampagne gelang, eine hohe und positive Emotionalität zu vermitteln (oftmals auch unter Ausschaltung rationaler Argumente und Sachfragen), versuchte die „Better-Together“-Kampagne mit rationalen und wirtschaftspolitischen Argumenten zu überzeugen, die gelegentlich emotional (allerdings negativ) wirkten, indem sie bedrohliche Szenarien im Falle einer Unabhängigkeit heraufbeschworen und zum Teil überzeichneten. Der *Economist* kommentierte treffend: „The No campaign is a machine, the Yes campaign is a carnival.“<sup>2</sup> Ebenso verwies das Nachrichtenmagazin darauf, dass die „Better-Together“-Kampagne auf Grund ihres Kernziels mit dem Referendum enden würde, während die YES-Kampagne den Charakter einer politischen Bewegung aufweise, die auch im Falle einer Niederlage fortbestehen würde. Diese bereits im August geäußerte Einschätzung hat sich in der Nachbetrachtung als nur allzu richtig herausgestellt.

2 | „Aye'll be back“, *The Economist*, 16.08.2014, <http://econ.st/1CIfH1k> [30.09.2014].



Alex Salmond, Erster Minister und Anführer der Nationalisten: Durch seine strategisch kluge Kampagne blieb der Ausgang des Referendums lange offen. Unmittelbar nach der Niederlage der YES-Kampagne erklärte er seinen Rücktritt. | Quelle: Ewan McIntosh, flickr ©①②.

Höhepunkt im Vorfeld des Referendums waren zwei TV-Duelle im August, in denen Alex Salmond dem eher blasen Alistair Darling rhetorisch und medial weit überlegen war, obwohl Salmond bei der Diskussion um die britische Währung klare Antworten schuldig blieb. Allerdings hielt dieser Punktgewinn für Darling (laut anschließender Blitzumfrage 56 Prozent zu 44 Prozent) nur bis zum zweiten Duell. Gewohnt locker und souverän ließ der schottische Ministerpräsident alle Sachfragen an sich abprallen und beschwor immer wieder das Bild eines glücklichen und wohlhabenden Schottlands, sofern dieses nur die englische Vormundschaft überwinden könne. Er entschied dieses Aufeinandertreffen sehr klar mit 71 zu 29 Prozent für sich.

Bei der Suche nach Gründen für die ab August deutlich gestiegenen Zustimmungswerte für das YES-Lager lieferte eine ICM-Umfrage Anfang September<sup>3</sup> interessante Anhaltspunkte. Hier wurde deutlich, dass bei den Befürwortern der Unabhängigkeit als Motivation an erster Stelle die Missbilligung der Politik aus Westminster (51 Prozent) stand, erst dann mit 41 Prozent die „Gefühle über Schottland“ und mit 40 Prozent die „Hoffnungen auf eine wohlhabendere Zukunft“. Bei den NO-Wählern hingegen lag klar die Sorge um das Vereinigte Königreich (53 Prozent) – also

3 | Siehe *The Guardian* vom 13.09.2014.

die eigentliche Referendumsfrage – vorn. Die YES-Kampagne und Salmond selbst argumentierten dementsprechend auch konstant eben nicht nur mit der Forderung nach der Unabhängigkeit Schottlands, sondern auch mit einer Kritik am „Westminster-Establishment“.

Damit wird eine Parallele zur Kampagne der United Kingdom Independence Party (UKIP) bei der letzten EU-Wahl im Mai deutlich. Sie gewann ebenfalls analog zu einem Europa-weiten Trend Proteststimmen mit ihrer Anti-Establishment-Kampagne. In diesem Kontext waren Ankündigungen wie die einer zehn-prozentigen Gehaltserhöhung

für die Abgeordneten des House of Commons inmitten einer rigorosen Sparpolitik und Kürzung von Sozialleistungen der britischen Regierung zusätzliches Wasser auf die Mühlen der YES-Kampagne. Ein weiterer Pluspunkt

**Ein weiterer Pluspunkt der YES-Kampagne lag bei den handelnden Personen: Auch Prominente aus TV, Film und Sport schlugen sich überwiegend auf die Seite der YES-Kampagne.**

derselben lag bei den handelnden Personen: Nicht nur war Alex Salmond die charismatischere Führungsfigur, er hatte dank seines Status als mit großer Mehrheit gewählter First Minister auch Legitimität und Autorität im Rücken. Damit war er dem aus London eingesetzten ehemaligen Labour-Politiker Darling haushoch überlegen. Zudem schlugen sich Prominente aus TV, Film und Sport überwiegend auf die Seite der YES-Kampagne.<sup>4</sup>

Bei aller emotionaler und physischer Überlegenheit der YES-Kampagne (sie hatte eine größere Sichtbarkeit, mehr freiwillige Helfer und Präsenz in der Öffentlichkeit sowie in den sozialen Medien) hinterfragten einige Beobachter auch die Konsequenzen. Die Vision der schottischen Unabhängigkeit ist sicher nicht kausal das Ergebnis einer Kampagne und sicher auch keine Erfindung von Salmond. Vielmehr ist zu hinterfragen, inwieweit die abnehmenden Bindekräfte in Großbritannien nicht auch ein wesentlicher Katalysator für die Unabhängigkeitsdiskussion waren, sind und bleiben werden. Janan Ganesh stellt diesbezüglich in seinem Leitartikel in der *Financial Times*<sup>5</sup> zutreffend fest, dass von den

4 | Beispielhaft sei hier Sean Connery erwähnt: „Sean Connery wirbt für Unabhängigkeit Schottlands“, *Cicero*, 27.08.2014, <http://cicero.de/weltbuehne/schottische-unabhaengigkeit-sean-connery-ermahnt-schotten/58130> [30.09.2014].

5 | Janan Ganesh, „A bad campaign is not the real unionist problem for Scotland“, *Financial Times*, 08.09.2014, <http://on.ft.com/1vzvLOH> [30.09.2014].

vier traditionellen gesellschaftspolitischen Bindekräften im Vereinigten Königreich (Empire, Bedrohung durch Kontinentaleuropa, Protestantismus und Streitkräfte) die ersten beiden nicht mehr existierten und die anderen beiden wesentlich schwächer geworden seien. Dem wäre hinzuzufügen, dass offenbar lediglich die Queen als gemeinsames Staatsoberhaupt und die Monarchie als solche zumindest bisher nicht nur nicht in Frage gestellt werden, sondern tatsächlich ein zentrales Bindeglied für den Zusammenhalt des Königreichs darstellen.<sup>6</sup>

Hinzu kommen die wirtschaftlichen Argumente: Schottland ist mittlerweile der wohlhabendste Teil des Königreiches (mit der Ausnahme Londons) und das nährt die Überzeugung, man könne es „alleine“ auch oder gar besser schaffen. Die Tatsache, dass die Erdölreserven in der Nordsee zu mehr als 90 Prozent in schottischen Gewässern liegen, trägt nicht unwesentlich zu dieser Einschätzung bei. Dabei wird gerne ausgeklammert, dass ein nicht geringer Teil dieses Wohlstands durch Subventionen der Regierung in London – egal welcher politischer Couleur – zustande gekommen ist.

Vierzehn Tage vor dem Referendum stürzte dann jedoch eine aktuelle YouGov-Umfrage die Regierung Cameron in Panik und löste im Salmond-Lager Euphorie aus. Während Anfang August die Umfragewerte noch bei 61 zu 39 Prozent gegen die Unabhängigkeit lagen, schlug dies am 8. September erstmals um. Mit 51 zu 49 Prozent lag die Unabhängigkeitsbewegung erstmals vorn. „Pro Union Campaign in chaos“<sup>7</sup> titelte die *Financial Times* vergleichsweise emotional. Endlich wachgerüttelt reagierte nun die britische Regierung: Über der Downing Street wurde die schottische Fahne gehisst und der Premier wandte sich nahezu

6 | Letztmalig äußerte sich die Queen anlässlich ihres Silbernen Thronjubiläums 1977 zu dieser Frage, indem sie darauf verwies, dass unter ihren Vorfahren zahlreiche schottische Könige und Königinnen seien, sie aber als Königin des Vereinigten Königreichs gekrönt worden sei und ihr damit das Wohlergehen aller Untertanen gleichermaßen wichtig sei.

7 | George Parker, Mure Dickie und Alistair Gray, „Pro-union camp ‚in chaos‘ as poll puts nationalists ahead“, *Financial Times*, 07.09.2014, <http://on.ft.com/1rS2waI> [30.09.2014].

flehend an die Schotten.<sup>8</sup> Personalpolitisch kam es zu einer Auswechslung in letzter Minute: Der ehemaligen Labour Premier Gordon Brown (selbst ein Schotte) ersetzte den glücklosen Alistair Darling.<sup>9</sup> Das war ein deutliches Zeichen, dass die politischen Parteien in London nun alles daran setzten, gemeinsam für den Verbleib Schottlands zu kämpfen. Dem sonst eher als phlegmatisch geltenden Brown gelang es tatsächlich, der bis dahin blutleeren „Better-Together“-Kampagne Leben einzuhauchen, dem sich auch Cameron anschloss mit seinem emotionalen Plädoyer („it would break my heart if Scotland leaves“).



Plädoyer für die Einheit: Premierminister David Cameron äußert sich zum Referendum. Spalte Schottland sich vom Vereinigten Königreich ab, bräche sein Herz. | Quelle: © Arron Hoare, MoD/Crown.

Selbst die Nachricht einer erneuten Schwangerschaft im britischen Königshaus wurde Gegenstand der Schottland-Debatte. Es wurde gemutmaßt, dass die frühzeitige Ankündigung bewusst lanciert wurde, um den königstreuen Schotten einen emotionalen Grund zum Verbleib im Königreich zu liefern. Aber auch hier bewies Salmond Cleverness:

8 | Peter Dominiczak, Peter Spence und Simon Johnson, „Stay with us: David Cameron’s desperate plea to Scots“, *The Telegraph*, 09.09.2014, <http://telegraph.co.uk/news/uknews/scottish-independence/11086060/Scots.html> [30.09.2014].

9 | Vgl. Jochen Buchsteiner, „Der unwahrscheinliche Retter“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 11.09.2014, <http://faz.net/-i27-7tqh1> [30.09.2014].

Er gratulierte dem Thronfolgerpaar als Earl und Countess of Strathearn, einen ihrer schottischen Titel, und nicht wie allgemein üblich als Duke and Dutchess of Cambridge. Die Queen selbst hielt sich bis zum Tag des Referendums wie erwartet öffentlich zurück, lediglich ein kurzer Kommentar nach dem Kirchgang am Sonntag vor dem Referendum ließ erkennen, dass auch ihr das Referendum nahe ging,<sup>10</sup> obwohl nie in Frage gestellt worden war, dass auch ein unabhängiges Schottland an der Queen als Staatsoberhaupt festhalten wolle.

Als letzte Aktion sagte David Cameron schließlich sogar die traditionelle Fragestunde im Parlament ab (Prime Ministers Question Time), um gemeinsam mit den Parteivorsitzenden Ed Milliband von Labour und Nick Clegg von den Liberal Democrats nach Schottland zu reisen und dort für den Verbleib im Königreich zu werben.<sup>11</sup> Dabei versprachen sie gemeinsam weit reichende Zugeständnisse an die Schotten, sollten diese gegen die Unabhängigkeit stimmen. Damit kehrten sie de facto nahezu zur ursprünglichen Forderung Salmonds (*Devolution max*) zurück, die sie noch vor einem Jahr kategorisch abgelehnt hatten – ein Punktgewinn für Salmond noch vor dem Referendum.

**Cameron versprach weit reichende Zugeständnisse an die Schotten. Damit kehrte er zur ursprünglichen Forderung Salmonds zurück, die er vor einem Jahr kategorisch abgelehnt hatte.**

## DAS AUSTRITTSSZENARIO

Britische und internationale Medien kommentierten und analysierten in den Tagen vor dem Referendum jede nur erdenkliche Konsequenz<sup>12</sup> aus einem möglichen Sieg der Unabhängigkeitsbefürworter, sowohl für Großbritannien (inkl. der Frage des königlichen Staatsoberhauptes, der Neugestaltung der Flagge und der formalen Bezeichnung des dann

10 | Wörtlich sagte sie: „I hope the Scottish people will think very carefully about the future.“ Zit. in Nicholas Watt und Severin Carrell, „Queen hopes Scottish independence voters will ‚think carefully about future‘“, *The Guardian*, 14.09.2014, <http://gu.com/p/4xhe5> [30.09.2014].

11 | Siehe auch: „Last Minute Reise“, *Süddeutsche Zeitung*, 10.09.2014.

12 | „Der Schotten-Schock“, *Handelsblatt*, 09.09.2014; „Wetten auf den Ölschatz“, *Handelsblatt*, 09.09.2014; Peter Rásonyi, „Schottlands Schatten über Londons City“, *Neue Zürcher Zeitung*, 09.09.2014, <http://nzz.ch/wirtschaft/1.18379736> [30.09.2014].

**Die britische Währung und zahlreiche Unternehmer und Investoren zeigten sich nervös, das Britische Pfund verlor in den Wochen vor dem Referendum sechs Prozent seines Wertes.**

verbleibenden Rest of United Kingdom, RUK) als auch für Europa (Auswirkung auf andere Unabhangigkeitsbestrebungen, Mitgliedschaft Schottlands in der EU, Auswirkungen auf das mögliche EU-Referendum in Großbritannien 2017). Das Vereinigte Königreich würde 8,33 Prozent seiner Bevölkerung und 10,3 Prozent seiner Wirtschaftsleistung verlieren, um nur einige Zahlen zu nennen. Die britische Währung und zahlreiche Unternehmer und Investoren zeigten sich nervös, das Britische Pfund verlor in den Wochen vor dem Referendum sechs Prozent seines Wertes, zahlreiche öffentlich geäußerte Überlegungen über Standortverlagerungen von Unternehmen kursierten. Ebenso wurde in Bankerkreisen gemutmaßt, dass ein Austritt Schottlands den Austritt Großbritanniens aus der EU bei einem möglichen Referendum 2017 wahrscheinlicher machen würde mit den entsprechenden negativen Folgen für den Finanzplatz London. Die von der schottischen Regierung angeführten Erdölreserven als Eckpfeiler einer schottischen wirtschaftlichen Unabhängigkeit wurden hinsichtlich einer Nachhaltigkeit der Reserven und Schwankungsbreite der Preise kritisch hinterfragt. Mit den enger werdenden Umfragen wurde immer wieder auf das Quebec-Referendum von 1995 hingewiesen, bei dem nur ein hauchdunner Vorsprung von 50,6 zu 49,4 Prozent die Abspaltung von Kanada verhinderte. Die allgemein zunehmende Verunsicherung und Perplexität brachte ein Banker auf den Punkt: „Over the last two weeks we have come to terms with the unbelievable becoming the possible“.<sup>13</sup>

## **ERGEBNIS UND BEWERTUNG**

Nach Schließung der Wahllokale am 18. September um 22.00 Uhr war die Spannung enorm und wohl jeder im ganzen Land sowie viele Menschen in Europa waren sich der Tragweite dieser Entscheidung bewusst. Doch war in den fruhlen Morgenstunden relativ rasch klar, dass das NO-Lager deutlicher als erwartet gewinnen würde. Mit einer Wahlbeteiligung von 84,5 Prozent lautete nach Auszählung aller 32 Wahlbezirke das Endergebnis: 2.001.926 Stimmen für NO (55,3 Prozent) und 1.617.989 (44,7 Prozent) für

13 | Zit. nach Jonathan Guthrie, „Eckxit could trigger Brexit and disaster for City“, *Financial Times*, 17.09.2014, <http://on.ft.com/ZzvEc0> [30.09.2014].

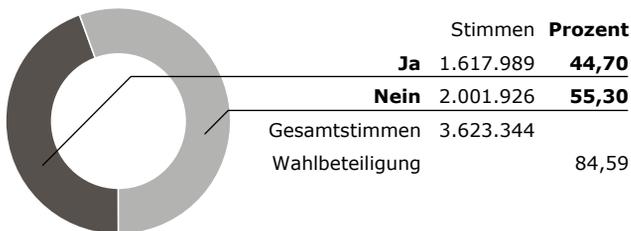
YES. Lediglich in vier Wahlbezirken (West Dunbartonshire, North Lanarkshire, Dundee und Glasgow) hatten die Unabhängigkeitsbefürworter gewonnen.



Streitpunkt Erdgas: Vor Schottlands Küste lagern Erdgas- und Erdölreserven. Ein Großteil der Einnahmen geht jedoch nach London. Der Wunsch, die Wirtschaft in Eigenregie zu gestalten, war ein Hauptargument der YES-Kampagne. | Quelle: Steven Straiton, flickr ©.

Abb. 1

**Stimmen Sie zu, dass Schottland ein unabhängiger Staat sein sollte?**



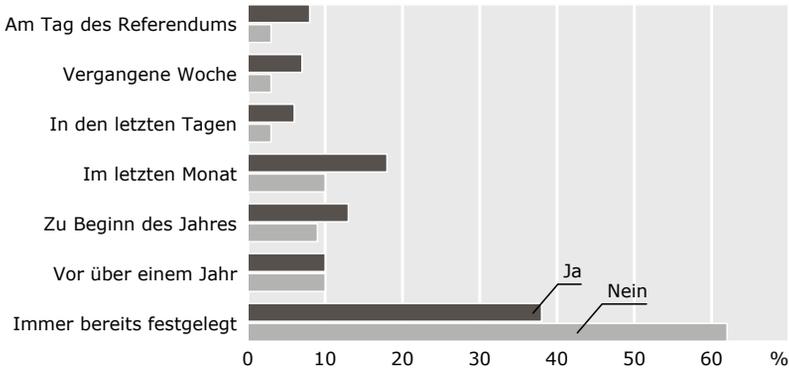
Quelle: „Scotland Decides“, *BBC News*, <http://bbc.com/news/events/scotland-decides/results> [08.10.2014].

Entsprechend früh erkannte Alex Salmond die Wahlniederlage an. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass laut einer Umfrage immerhin 72 Prozent der Wähler bereits vor mehr als einem Jahr ihre Entscheidung getroffen

hatten, lediglich neun Prozent vor weniger als einem Jahr.<sup>14</sup> Auch diese Zahl hinterfragt die reale Wirkung der Kampagnen. Außerdem bedeutet das Endergebnis für die Umfrageinstitute selbst eine Schlappe, da nahezu alle ein knapperes Ergebnis prognostiziert hatten und nun eines Besseren belehrt wurden. Spekulieren lässt sich über die Faktoren, die den Ausschlag für das klare Votum gaben. Die Unsicherheit bezüglich Währung, Arbeitsmarkt und EU-Mitgliedschaft können ebenso eine signifikante Rolle gespielt haben wie die Gewissheit, dass durch die weit reichenden politischen Zugeständnisse schon vor dem Referendum Schottland mehr Selbstbestimmung erreicht wurde, ohne das Risiko eines Alleingangs eingehen zu müssen.

Abb. 2

**Zeitpunkt der Wahlentscheidung**



Quelle: Eigene Darstellung nach Fn. 14.

Das Ergebnis war in zweierlei Hinsicht deutlich: 55 Prozent der Stimmen für den Verbleib im Königreich haben die Frage nach der Unabhängigkeit Schottlands klar beantwortet. Aber genauso sind die 45 Prozent der Befürworter für die Unabhängigkeit (inklusive der darin auch enthaltenen Proteststimmen gegen die Parteien und Politik in Westminster) eine mehr als deutliche Botschaft, die sich schon bei der letzten Europawahl angekündigt hat. In der Tat ergeben sich daraus eine Reihe von Fragen und Herausforderungen für Schottland, Großbritannien, aber auch für Europa, die ernsthaft und konsequent in Angriff

14 | Vgl. „Scottish independence: poll reveals who voted, how and why“, *The Guardian*, 20.09.2014, <http://gu.com/p/4xmd2> [30.09.2014].

genommen werden müssen. Bei aller Erleichterung im Lager von „Better Together“ (und wohl auch mehrheitlich in Großbritannien und Europa) wäre ein *business-as-usual* eine gravierende Fehleinschätzung und vergebene Möglichkeit, Lehren aus dem Referendum zu ziehen.

In Schottland gilt es nun, die hoch emotionalisierte Stimmung zu deeskalieren und die zu Tage getretenen Konflikte zu beruhigen. Das wieder friedliche Zusammenleben der Schotten ist eine dringende Aufgabe für Familien, Verbände, Politik und Gesellschaft. Alex Salmond selbst zog unmittelbar nach der Wahl die politischen Konsequenzen aus der Niederlage und erklärte seinen Rücktritt als First Minister und Parteiführer der SNP. Bei seinem Abgang warnte er mit Nachdruck davor, die 1,6 Millionen Stimmen seiner Unterstützer zu ignorieren oder sie parteitaktischen Überlegungen im Kontext der Föderalismusdebatte zu opfern. Mit der bisherigen stellvertretenden Ministerpräsidentin Nicola Sturgeon, die eine immer aktivere und sichtbarere Rolle während der Kampagne eingenommen hat, steht eine profilierte und engagierte Nachfolgerin bereit, die auf die Einhaltung der in den letzten Tage vor dem Referendum gemachten Versprechungen pochen wird. Damit würden die drei wichtigsten Parteien in Schottland nun von Frauen angeführt (auch ein Kontrast zur politischen Gender-Realität in London): Neben Nicola Sturgeon bei der SNP sind es Ruth Davidson bei den Konservativen und Johann Lamont von Labour.

Die seit Gründung des schottischen Parlaments geführte Debatte um Autonomie, Selbstbestimmung und Unabhängigkeit bedarf auch in Schottland einer rationalen Überprüfung. Die Schotten haben eine eigene Regierung, eine eigene Flagge sowie eine Rugby- und Fußballnationalmannschaft, sie kontrollieren ihre Rechts-, Bildungs- und Gesundheitspolitik, haben die Studiengebühren gestrichen und genießen weitestgehend Hoheit über ihren Gesundheitsdienst (National Health Service). Auch der Nationalismus treibt zuweilen sonderbare Blüten, wenn „schottische Nationalisten auch nach 15 Jahren Selbstverwaltung ohne mit der Wimper zu zucken Tories für Glasgows Elendsviertel verantwortlich machen, sogar wenn sie selbst in blühenden Edinburgher Satellitenstädten leben,

**Die Schotten haben eine eigene Regierung, eine eigene Flagge sowie eine Rugby- und Fußballnationalmannschaft, sie kontrollieren ihre Rechts-, Bildungs- und Gesundheitspolitik.**

deren Wohlstandsgrundlagen Thatcher mit der Demontage obsoleter Industriestrukturen legte.“<sup>15</sup>

Auf Seiten der britischen Regierung gilt es nun, rasch einen konkreten Verhandlungsvorschlag vorzulegen. So schnell sich die Parteien einig waren, den Schotten Zugeständnisse zu machen, so unterschiedlich sind diese Vorschläge im Detail (Höhe von Einkommens- und Unternehmenssteuer, Sozialversicherungswesen, Gesundheitssystem etc.). David Cameron hat bereits Lord Smith of Calvin mit der Ausarbeitung dieses Vorschlags beauftragt, der bis Ende November vorliegen und dann als „Scotland Act“ am 25. Januar 2015 (*Burns Night*) dem Parlament zur Abstimmung vorgelegt werden soll. Unwahrscheinlich ist, dass das gegenwärtige Parlament die entsprechende Gesetzgebung noch vor den Wahlen 2015 verabschieden wird. Der eilig gezimmerte Konsens der Parteien vor dem Referendum droht im Angesicht von Detailfragen sowie der offensichtlichen Machtdebatte zu zerfallen.

Eine Konditionierung der Schottland-Zugeständnisse mit der Klärung der so genannten England-Frage<sup>16</sup> lehnen sowohl die Schotten wie auch weite Teile der Labour-Partei ab. Der implizite Machtpoker erklärt sich mit einem Blick auf die Sitzverteilung: Die 59 schottischen Abgeordneten im Unterhaus gehören mit überwältigender Mehrheit (40 Labour an, die Liberal Democrats stellen elf, die SNP sechs und die regierenden Konservativen einen Abgeordneten, ein schottisches Mitglied im House of Commons ist unabhängig. Der schottische Einfluss in der Labour-Fraktion ist also signifikant höher (rund 15 Prozent) als bei der Torie-Fraktion (einer von 304 Abgeordneten). Die Diskussion und Kopplung der „England-Frage“ liegt den Tories also ungleich mehr am (Fraktions)Herzen als Labour, die bei einer Abspaltung Schottlands einen substanziellen Anteil ihrer Abgeordneten und damit die Aussicht auf Parlamentsmehrheiten verloren hätten. Der

**Der schottische Einfluss in der Labour-Fraktion ist signifikant höher (rund 15 Prozent) als bei der Torie-Fraktion (einer von 304 Abgeordneten).**

15 | Matthias Thibaut, „Die Fliehkräfte bleiben“, *Handelsblatt*, 22.09.2014.

16 | „English votes for English laws“, d.h. die Beschränkung der Stimmberechtigung auf englische Abgeordnete im House of Commons, wenn es um Gesetze geht, die allein England betreffen oder gar die Einrichtung eines englischen Parlaments mit einem englischen First Minister.

Ausgang des Referendums ist somit nicht nur der Beginn einer verfassungsrechtlichen Debatte, sondern auch des Wahlkampfes für die Unterhauswahl 2015.

Premierminister David Cameron konnte mit diesem Ergebnis für sich persönlich einen Erfolg verbuchen. Ein Sieg der YES-Kampagne hätte seine Autorität in Frage gestellt und innerhalb der Konservativen Partei im Vorfeld des Parteitags Ende September und der Wahlen im Mai 2015 mehr als nur eine Führungsdebatte entfacht. Er bewies einmal mehr, dass er unter Druck (unter dem er zweifelsohne und wie er mit Hinweis auf seine Gesundheit zugab, stand) über machtpolitische Reflexe verfügt, die ihm bisher immer wieder aus der Bedrängnis geholfen haben. Als er am 19. September als erster um 7.00 Uhr morgens vor die Presse trat, fand er einerseits den richtigen Ton, indem er seine Freude und Erleichterung zum Ausdruck brachte, weiterhin in einem Vereinigten Königreich zu leben, andererseits gab er zu verstehen, dass die Sorgen und Wünsche der 45 Prozent Ja-Stimmen ernst zu nehmen seien und dass sich aus diesem Ergebnis Konsequenzen sowohl für Schottland als auch für Wales, Nordirland und England ergeben. Dadurch konnte er die Opposition mit seiner Forderung nach der Lösung der „England-Frage“ in die Defensive drängen. Dies war unmittelbar vor dem Labour-Parteitag besonders wichtig. Daran zeigte sich, dass Labour auf Camerons Äußerungen nicht vorbereitet war und parteiintern uneins ist.

Ferner gelang dem britischen Premier zumindest kurzfristig, Nigel Farage und UKIP Wind aus den Segeln zu nehmen sowie seine gefährlichsten parteiinternen Widersacher (die so genannten *backbenchers*), die mehrheitlich aus dem erzkonservativen Süden Englands stammen, auf seine Seite zu ziehen. Dies war aus folgendem Grund wichtig: Cameron steht seit dem Parteiübertritt des Torie-Abgeordneten Douglas Carswell zu UKIP und der dadurch notwendigen Nachwahl Anfang Oktober unter Druck; dabei könnte UKIP erstmals einen Parlaments-sitz gewinnen. Hinzu kommt die Ankündigung seines wichtigsten parteiinternen Widersachers, des Londoner Bürgermeister Boris Johnson, für das Unterhaus zu kandidieren, wodurch dieser seine Ambitionen auf das Amt des Premierministers unterstrich. Dieses Taktieren Camerons

**Cameron steht seit dem Parteiübertritt des Torie-Abgeordneten Douglas Carswell zu UKIP und der dadurch notwendigen Nachwahl Anfang Oktober unter Druck.**

kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass seine Regierung die Schottland-Frage lange falsch interpretiert und sich mit ihrer Zurückhaltung gehörig verschätzt hat.<sup>17</sup> Es bleibt zu hoffen, dass er daraus insbesondere hinsichtlich des möglichen EU-Referendums seine Lehren zieht.

**Obwohl eine territoriale Zersplitterung abgewendet wurde, ist die Frage nach der nationalen Identität Großbritanniens offen und bedarf eines Diskussions- und Klärungsprozesses.**

Für Großbritannien bedeutet dieses Ergebnis, dass sich das Land fundamentalen Fragen stellen muss, die seit Längerem schwelen und durch das Referendum offen zu Tage getreten sind. Obwohl eine territoriale Zersplitterung abgewendet wurde, ist die Frage nach der nationalen Identität Großbritanniens und damit die Frage, was das Königreich über die bestehenden Symbole, die gemeinsame Geschichte und das Königshaus hinaus zusammenhält, offen und bedarf eines Diskussions- und Klärungsprozesses, der langwierig und komplex sein wird. Jannah Ganesh bringt es auf den Punkt: „The UK has survived, comfortably; the UK in its present design is dead.“<sup>18</sup> Das Land allein durch die „Emanzipation seiner Teile zusammenhalten zu wollen“,<sup>19</sup> ist ohne Zweifel ein Trugschluss, der nicht fruchten wird. Darüber hinaus ist deutlich geworden, dass eine Debatte über die territoriale Struktur und die politische innere Ordnung des Landes in Gang gesetzt wurde.

Mit den nun angebotenen Zugeständnissen an Schottland entstehen berechnete Forderungen aus Wales, Nordirland und insbesondere England, die nur im Rahmen einer wie auch immer gearteten föderalen Neuordnung gelöst werden können. Dazu bedarf es einer seriösen verfassungsrechtlichen Debatte inklusive der Frage nach Sinn und Zweck der vorhandenen Institutionen wie beispielsweise des House of Lords. Medial inszenierte Schnellschüsse sind dazu ungeeignet, denn deren leicht durchschaubare taktische Erwägungen führen nur zu mehr Politikverdrossenheit im Land. Gut gemeinte Verweise auf andere föderale Ordnungen wie beispielsweise in Deutschland sind für die Debatte in Großbritannien angesichts der unterschiedlichen Geschichte und Mentalität nur bedingt tauglich. Die

17 | Siehe auch Bjoern Finke, „Cameron, der Zocker“, *Süddeutsche Zeitung*, 22.09.2014.

18 | Janan Ganesh, „The union lives on – but in its present design it may well be dead“, *Financial Times*, 19.09.2014, <http://on.ft.com/YW2qTC> [30.09.2014].

19 | Matthias Thibault, *Handelsblatt*, 22.09.2014.

jetzt in Gang gesetzten Diskussionen haben eine enorme Tragweite. Acht Monate vor einer Unterhauswahl mit ungewissem Ausgang und in einer politischen Landschaft, die durch das Erstarken der rechtspopulistischen UKIP ohnehin nervös geworden ist, hat diese Debatte durchaus explosiven Charakter. Dabei ist es alles andere als hilfreich, dass zwei schwächelnde und in sich zerstrittene Volksparteien im Mittelpunkt stehen, die zudem jeweils (unterschiedlich gelagerte) Führungsdebatten durchlaufen und unterschiedliche territoriale Präferenzen haben (Labour: Schottland, Tories: England).



Nach dem Referendum gilt es nun, die hoch emotionalisierte Stimmung zu deeskalieren und Konflikte zu beruhigen. Das Zusammenleben der Schotten zu stärken, ist Aufgabe der Familien, der Politik und der Gesellschaft. | Quelle: Gerard Ferry, flickr ©15.

Für die Europäische Union hat dieses Ergebnis ebenfalls weit reichende Folgen. Einerseits konnte die mit einer Unabhängigkeit Schottlands verbundene Unsicherheit vermieden werden (es gab zum Beispiel mehr als divergierende Aussagen und Positionen darüber, inwieweit und wie schnell Schottland Mitglied der EU nach der Unabhängigkeit werden könnte). Andererseits wäre eine Unabhängigkeit mit Sicherheit auch Wasser auf die übrigen Unabhängigkeitsbestrebungen in Europa (Katalonien, Baskenland, Venetien, Flandern) gewesen. Dennoch dürften die 45 Prozent der unterlegenen YES-Kampagne Motivation in den genannten Regionen sein und damit die Diskussion um eine interne Zergliederung innerhalb der EU sicher nicht verstummen lassen.

Was das mögliche EU-Referendum in Großbritannien (2017) angeht, so wäre durch eine Unabhängigkeit Schottlands die EU-Ablehnung im restlichen Großbritannien mit stärker nationalistischen Tendenzen vermutlich gestiegen. Mit der nun ausgelösten Föderalismusdebatte und den Forderungen nach stärkerer Selbstbestimmung des EU-kritischeren Englands ist damit das Problem aber nicht gelöst. Vielmehr drängen sich Lehren aus der Kampagne des Referendums für eine (ohne Zweifel notwendige) Kampagne dieses möglichen EU-Referendums auf. Die Vorwürfe aus Edinburgh bezüglich einer Bevormundung durch London wiesen eine bemerkenswerte Parallele zu den in London geäußerten Vorwürfen in Richtung Brüssel auf. Eine EU-Kampagne steht vor der gleichen Herausforderung, eine Negativ- und Drohkampagne (im Falle eines EU-Austritts) zu vermeiden und stattdessen ein auch emotionales Plädoyer für einen Verbleib Großbritanniens in der EU zu finden.

**Die Vorwürfe aus Edinburgh bezüglich einer Bevormundung durch London wiesen eine bemerkenswerte Parallele zu den in London geäußerten Vorwürfen in Richtung Brüssel auf.**

Die Schottland-Kampagne hat ferner gezeigt, dass dafür ein parteiübergreifender Konsens gut, aber nicht ausreichend ist, und dass die Politikverdrossenheit sowie eine Anti-Establishment-Kampagne mobilisiert und erfolgreich sein kann. Diese Faktoren hat sich Salmond 2014 zu Nutze gemacht. Nigel Farage wird diese sicher bereits 2015 und dann unter Umständen nochmals 2017 für sich instrumentalisieren wollen. Spannend dürfte schließlich die Frage sein, welche Persönlichkeiten in dieser EU-Debatte in den Vordergrund rücken können und wollen. Nationalität und Geburtsort sowie Schottenrock mögen in Schottland positiv gewirkt haben. Es ist jedoch schwer vorstellbar, wie dies bei einer EU-Kampagne umgesetzt werden soll und woher die glaubwürdigen und überzeugenden Pro-EU-Stimmen in Großbritannien kommen sollen.

Timothy Garton Ash, Professor an der Oxford University, plädiert als Zukunftsvision für ein föderales Großbritannien in einem konföderalen Europa.<sup>20</sup> Dazu bedürfe es einer seriösen verfassungsrechtlichen Debatte über die Neuordnung des Landes inklusive seiner Einbindung in

20 | Vgl. Timothy Garton Ash, „Let’s not fear the F-word or the C-word: we should move to a federal Britain in a confederal Europe“, *The Guardian*, 21.09.2014, <http://gu.com/p/4xmt7> [30.09.2014].

Europa. „Wie können wir ernsthaft eine föderale Ordnung für Großbritannien fordern, ohne zu diskutieren, welche Befugnisse nach Europa gehören?“, fragt Garton Ash weiter.

Das Ergebnis des Schottland-Referendums enthält eine deutliche Warnung an Europa. Die nicht unbeachtlichen Zustimmungsraten für die Unabhängigkeit waren zugleich Ausdruck für mehr Identität und Selbstbestimmung, die Ablehnung von Bevormundung und Fremdbestimmung sowie für die Verdrossenheit über eine allzu selbstherrliche und bürgerferne Politikerelite. Dies sind Elemente, die nicht nur für die Beziehung zwischen Edinburgh und London, sondern auch für diejenigen zwischen Mitgliedstaaten und der EU in Brüssel gelten. Die Ergebnisse der jüngsten Wahlen zum Europäischen Parlament waren bereits eine deutliche Warnung. Nun hat das Referendum in Schottland diese Warnung wiederholt, die Abstimmung sollte daher nicht auf das innerbritische Verhältnis reduziert werden. Schottland hat gewählt und letztlich nicht nur aus dem Bauch heraus, sondern mit Herz und Verstand abgestimmt. Für Großbritannien ergibt sich daraus die Chance und Herausforderung, zu erleben, dass „together“ in der Tat „better“ ist. Bleibt abzuwarten (und zu hoffen), dass sich diese Erkenntnis in der Frage der EU-Mitgliedschaft ebenfalls durchsetzt.